

## Der Berliner Koalitionsvertrag: Eine verstörende Offenbarung

Wolfgang Bittner

## Berlin coalition agreement: A disturbing revelation

Translated with [www.DEEPL.com](http://www.DEEPL.com)

### Bedrohungsszenarium und Rolle Deutschlands

Seit Jahren schon befindet sich Deutschland auf einer abschüssigen Bahn in den Totalitarismus. Ein weiterer Schritt auf diesem Weg ist der Koalitionsvertrag der CDU/CSU mit der SPD vom 9. April 2025. Darin heißt es gleich zu Anfang:

"Klarheit über den richtigen Weg der nächsten Jahre erfordert zunächst Klarheit in der Standortbestimmung: Im Äußeren greifen die Gegner unserer liberalen Demokratie unsere Freiheit an. Autoritäre Mächte erstarben. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bedroht auch unsere Sicherheit. Wir erleben hybride Angriffe auf unser Land mit dem Ziel, den Zusammenhalt in Deutschland zu zerstören, unsere Demokratie zu untergraben und unsere Sicherheit zu gefährden. Aber auch in unserem Land wird die Demokratie von ihren Gegnern täglich angegriffen. [1]."

Allein schon diese „Standortbestimmung“ verdeutlicht, wes Geistes diese Politiker sind, in deren Hände die deutsche Bevölkerung nach der Koalitionsbildung gefallen ist. Denn weder greifen äußere "Gegner unserer liberalen Demokratie unsere Freiheit an", noch bedroht der „russische Angriffskrieg gegen die Ukraine“ unsere Sicherheit. Vielmehr bedroht der Kollektive Westen unter Führung der USA seit Jahren Russland, und der Ukraine-Krieg ist eine Folge existenzbedrohender Provokationen gegenüber Russland.

Es gibt auch nicht die hybriden Angriffe, von denen die Rede ist, vielmehr wird eine uns gefährdende Aggression und Hetze gegen Russland geschürt. Und von wem wird die Demokratie in unserem Land täglich angegriffen, wenn nicht von Politikern, die dabei sind, sie abzuschaffen, wie der Koalitionsvertrag in vielen Passagen beweist.

Weiter heißt es: "Im Inneren ist unsere Wirtschaft in einer anhalten-den Wachstumsschwäche. Das Leben in Deutschland ist komplizierter, teurer und anstrengender geworden."

### Threat scenario and the role of Germany

For years, Germany has been on a downward slope towards totalitarianism. The coalition agreement between the CDU/CSU and the SPD from April 9, 2025 is a further step on this path. It states right at the beginning:

"Clarity about the right path for the coming years first requires clarity in determining our position: externally, the opponents of our liberal democracy are attacking our freedom. Authoritarian powers are gaining strength. The Russian war of aggression against Ukraine also threatens our security. We are experiencing hybrid attacks on our country with the aim of destroying cohesion in Germany, undermining our democracy and endangering our security. But democracy is also under daily attack by its opponents in our country [1]."

This "positioning" alone makes it clear what kind of minds these politicians are in whose hands the German population has fallen following the formation of the coalition. For neither are external "opponents of our liberal democracy attacking our freedom", nor is the "Russian war of aggression against Ukraine" threatening our security. Rather, the collective West, led by the USA, has been threatening Russia for years, and the war in Ukraine is a consequence of provocations against Russia that threaten its very existence.

Nor are there the hybrid attacks that are being talked about, but rather an aggression and agitation against Russia that endangers us. And who is attacking democracy in our country on a daily basis if not politicians who are in the process of abolishing it, as the coalition agreement proves in many passages.

It also states: "Internally, our economy is in a persistently weak growth situation. Life in Germany has become more complicated, more expensive and more stressful."

Warum das so ist, wird nicht gefragt und erst recht nicht beantwortet. Kein Wort über die gesprengten Ostsee-Pipelines und die dadurch verursachten ruinösen Energiepreise, die viele Unternehmen in die Insolvenz oder ins Ausland treiben.

Was aber verteidigt die Ukraine, die nach dem Putsch von 2014 unter das Regime von Nationalisten und Faschisten geraten ist und – angestachelt aus Washington – einen Krieg mit Russland provoziert hat? Und was ist das für eine „regelbasierte Ordnung“, deren Prinzipien angeblich von der Ukraine verteidigt werden? Wer stellt die Regeln für eine derartige Ordnung auf? Ist denn die Charta der Vereinten Nationen, die das Völkerrecht im Sinne von Humanität und einem friedlichen Zusammenleben regelt, außer Kraft gesetzt?

### **Und falls dem so ist: Von wem?**

Kritiklos wird in dem Koalitionsvertrages mehrfach die Bindung zur NATO und zur USA beschworen, auch zu Großbritannien und Frankreich; dagegen soll – in Anbiederung an Washington – die „destruktive Rolle“ des „iranischen Regimes“ in der Nahost-Region zurückgedrängt werden.

Und Deutschland soll "wegen seiner geografischen Lage in Europa", als "zentrale Drehscheibe der NATO weiter ausgebaut" werden, die Ausgaben für Verteidigung sollen "deutlich und stringent" steigen und für "eine Wehreffassung und Wehrüberwachung die Voraussetzungen geschaffen werden".

Auf vielen Seiten des Papiers geht es ums Militär, um Aufrüstung, die Gegnerschaft zu Russland und die Unterstützung der Ukraine bis zum angestrebten Sieg gegen den Erzfeind, der in der Person Wladimir Putins personalisiert wird.

### **Feindbild Russland**

Die Hetze gegen Russland nimmt kein Ende. Während Wladimir Putin alles daran setzt, einen Krieg mit der NATO zu vermeiden, gehen die Provokationen der um die USA reduzierten westlichen Allianz weiter. Die Koalitionspartner sind der Ansicht: „Unsere Sicherheit ist heute so stark bedroht wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr.“ Das ist richtig, nicht aber die Schlussfolgerung: „Die größte und direkteste Bedrohung geht dabei von Russland aus, das im vierten Jahr einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die

Why this is the case is not asked and certainly not answered. Not a word about the blown-up Baltic Sea pipelines and the ruinous energy prices caused by them, which are driving many companies into insolvency or abroad.

But what is Ukraine defending, which fell under the regime of nationalists and fascists after the 2014 coup and - spurred on by Washington - provoked a war with Russia? And what kind of “rules-based order” is it whose principles Ukraine is supposedly defending? Who sets the rules for such an order? Has the Charter of the United Nations, which regulates international law in terms of humanity and peaceful coexistence, been suspended?

### **And if this is the case: By whom?**

Without criticism, the coalition agreement repeatedly invokes ties to NATO and the USA, including the UK and France; in contrast, the “destructive role” of the “Iranian regime” in the Middle East region is to be pushed back - in an attempt to curry favor with Washington.

And Germany is to be “further expanded as a central hub of NATO due to its geographical location in Europe”, spending on defense is to increase “significantly and stringently” and “the prerequisites are to be created for defense registration and defense monitoring”.

Many pages of the paper deal with the military, armament, opposition to Russia and support for Ukraine until the desired victory against the arch-enemy, which is personalized in the person of Vladimir Putin.

### **Russia as enemy image**

The agitation against Russia is never-ending. While Vladimir Putin is doing everything he can to avoid a war with NATO, the provocations of the Western alliance, which has been reduced to the USA, continue. The coalition partners are of the opinion: “Our security is under greater threat today than at any time since the end of the Cold War.” This is correct, but not the conclusion: “The greatest and most direct threat comes from Russia, which is waging a brutal war of aggression against Ukraine in its fourth year, in violation of international law, and

Ukraine führt und weiter massiv aufrüstet. Das Machtstreben von Wladimir Putin richtet sich gegen die regelbasierte internationale Ordnung.“

De facto geht die größte und direkteste Bedrohung vom Westen aus, der seit Jahren einen Regime Change in Moskau anstrebt. Wladimir Putin hat seit seiner denkwürdigen Rede 2001 im Deutschen Bundestag immer aufs Neue Kooperation angeboten und die Hand ausgestreckt. Er wurde zurückgewiesen, belogen (Minsker Verträge) und von den USA unter Barack Obama und Joseph Biden in einen Abnutzungskrieg mit der Ukraine getrieben.

Michail Gorbatschow hat 1990 wesentlich zur Vereinigung der DDR mit der BRD beigetragen, aber das wird heute ignoriert. Seinerzeit wurde der Zwei-plus-Vier-Vertrag abgeschlossen, der am 15. März 1991 in Kraft trat. Darin wurde erklärt, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar“. Auch wurde der Verzicht auf atomare Waffen bekräftigt.

Sollte das alles Makulatur sein?

Jetzt versprechen die Koalitionspartner: „Wir werden die Ukraine umfassend unterstützen, so dass sie sich gegen den russischen Aggressor effektiv verteidigen und sich in Verhandlungen behaupten kann.“ Und der Verteidigungsminister sagt, Deutschland müsse bis 2029 „kriegstüchtig“ sein.

**Das ist nicht anders zu benennen, als ein Verbrechen gegenüber der eigenen Bevölkerung und als existenzbedrohender Irrweg.**

Die Berliner Politiker haben in ihrer Mehrheit immer noch nicht realisiert, dass Donald Trump und Wladimir Putin miteinander sprechen und verhandeln, und dass die USA und Russland Frieden wollen, zumindest keinen Krieg mehr. Anstatt diese Situation zugunsten Deutschlands zu nutzen, zieht Friedrich Merz das eigene Land immer tiefer in die Auseinandersetzung mit Russland hinein.

Anlässlich eines Besuchs in Kiew im Dezember 2024 sagte er: „Wenn unsere Unterstützung für die Ukraine schwächer wird, dann wird dieser Krieg

is continuing to arm itself on a massive scale. Vladimir Putin's quest for power is directed against the rules-based international order.“

De facto, the greatest and most direct threat comes from the West, which has been seeking regime change in Moscow for years. Since his memorable speech in the German Bundestag in 2001, Vladimir Putin has repeatedly offered cooperation and extended his hand. He was rejected, lied to (Minsk agreements) and driven into a war of attrition with Ukraine by the USA under Barack Obama and Joseph Biden.

Mikhail Gorbachev made a significant contribution to the unification of the GDR with the FRG in 1990, but this is ignored today. At that time, the Two Plus Four Treaty was concluded, which came into force on March 15, 1991. It declared that “only peace will emanate from German soil. According to the constitution of a united Germany, acts which are suitable and undertaken with the intention of disturbing the peaceful coexistence of peoples, in particular the waging of a war of aggression, are unconstitutional and punishable by law”. The renunciation of nuclear weapons was also reaffirmed.

Should this all be a waste of time?

Now the coalition partners are promising: “We will provide Ukraine with comprehensive support so that it can effectively defend itself against the Russian aggressor and assert itself in negotiations.” And the defense minister says that Germany must be “ready for war” by 2029.

**This can only be described as a crime against its own population and an existentially threatening mistake.**

The majority of Berlin politicians have still not realized that Donald Trump and Vladimir Putin are talking and negotiating with each other and that the USA and Russia want peace, or at least no more war. Instead of using this situation to Germany's advantage, Friedrich Merz is dragging his own country deeper and deeper into the conflict with Russia.

During a visit to Kiev in December 2024, he said: “If our support for Ukraine weakens, then this war will last longer. If our support for Ukraine is consistent,

länger dauern. Wenn unsere Unterstützung für die Ukraine konsequent ist, dann wird dieser Krieg schneller enden.“[2] Er sprach sich dafür aus, Taurus-Marschflugkörper in die Ukraine zu liefern: „Unsere Position ist klar: Wir wollen ihre Armee in die Lage versetzen, Militärbasen in Russland zu erreichen...“ Selenskyj erwiderte: „Wir zählen auf stärkere, entschlossenere Taten Deutschlands, von Ihnen persönlich. Wir verlassen uns sehr darauf.“

Mit Merz ist also eine Verlängerung des Ukraine-Krieges auf unabsehbare Zeit zu erwarten. Seine Bereitschaft, die ukrainische Armee mit Taurus zu beliefern, wiederholte er am 13. April 2025 in einem Interview bei Caren Miosga, in dem er auch auf seine Einstellung gegenüber dem russischen Präsidenten einging: Putin begehe „schwerste Kriegsverbrechen“, er interpretiere „unsere Bereitschaft, mit ihm zu verhandeln, nicht als ernsthaftes Angebot, Frieden zu ermöglichen, sondern als Schwäche“. Jetzt müsse die ukrainische Armee „aus der Defensive herauskommen“, sie müsse zum Beispiel in die Lage versetzt werden, die Krim-Brücke zu zerstören.[3]

Der Brüsseler Russland-Experte und Historiker Gilbert Doctorow warnte, Friedrich Merz mit seiner „kriegerischen Rhetorik“ sei „der gefährlichste deutsche Führer seit Adolf Hitler“. Er wolle Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine liefern und habe signalisiert, „dass die Ukraine die Taurus zur Zerstörung der Kertsch-Brücke (Krim) und anderer Ziele auf der russischen Krim einsetzen dürfe.“ Die Russen hätten diese Aussagen sofort zur Kenntnis genommen, und sie seien „bereit, Deutschland einen vernichtenden Gegenschlag zu versetzen, wenn Merz seine Politik fortsetzt, die den schlimmsten deutschen Revanchismus widerspiegelt.“ Merz sei mit „seinen erklärten Plänen, Russland zu bestrafen, völlig außer Rand und Band geraten“.[4]

Auch der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation und ehemalige Präsident Dmitri Medwedew nannte Friedrich Merz einen Nazi,[5] und Kreml-Sprecher Peskow beklagte einen fehlenden Willen der westeuropäischen Regierungen, „sich um Wege zu Friedensgesprächen zu kümmern“. Sie seien „eher geneigt, die Fortsetzung des Krieges weiter zu provozieren“.[6]

then this war will end faster.”[2] He spoke out in favor of delivering Taurus cruise missiles to Ukraine: “Our position is clear: we want to enable their army to reach military bases in Russia...” Selenskyj replied: “We are counting on stronger, more decisive action from Germany, from you personally. We are counting on that very much.”

Merz can therefore be expected to prolong the war in Ukraine indefinitely. He reiterated his willingness to supply the Ukrainian army with Taurus in an interview with Caren Miosga on April 13, 2025, in which he also addressed his attitude towards the Russian president: Putin is committing “the most serious war crimes”, he interprets “our willingness to negotiate with him not as a serious offer to make peace possible, but as weakness”. Now the Ukrainian army had to “come out of the defensive”, it had to be put in a position to destroy the Crimean bridge, for example. [3]

Brussels-based Russia expert and historian Gilbert Doctorow warned that Friedrich Merz, with his “bellicose rhetoric”, was “the most dangerous German leader since Adolf Hitler”. He wanted to deliver Taurus cruise missiles to Ukraine and had signaled “that Ukraine could use the Taurus to destroy the Kerch Bridge (Crimea) and other targets in the Russian Crimea.” The Russians had immediately taken note of these statements and were “ready to deliver a devastating counter-attack on Germany if Merz continues his policy, which reflects the worst of German revanchism.” Merz had “gone completely off the rails with his declared plans to punish Russia”[4].

The Deputy Chairman of the Security Council of the Russian Federation and former President Dmitry Medvedev also called Friedrich Merz a Nazi,[5] and Kremlin spokesman Peskov lamented the lack of will on the part of Western European governments to “look for ways to hold peace talks”. They were “more inclined to provoke the continuation of the war”[6].

Friedrich Merz gibt den Kiewer Machthabern mit seiner Unterstützung Auftrieb. Der ehemalige ukrainische Botschafter Andrij Melnyk, der den Faschisten Bandera [7] verehrt und sich mit Beleidigungen und Dreistigkeiten hervorgetan hat, ist öffentlich mit einem geradezu irren Forderungskatalog an ihn herangetreten: Die Koalition möge einen Beschluss fassen „über die Finanzierung der Waffenlieferungen für die Ukraine in Höhe von mindestens 0,5 Prozent des BIP (21,5 Milliarden Euro pro Jahr) oder 86 Milliarden Euro bis 2029...

Dieselbe 0,5-Prozent-Regelung initiieren und durchführen auf EU-Ebene (372 Milliarden Euro bis 2029)“ sowie „die sofortige Lieferung von 150 Taurus-Marschflugkörpern“ und „30 Prozent der verfügbaren deutschen Kampffjets und Hubschrauber...“ [8]

Es ist davon auszugehen, dass solche Forderungen nicht ohne Absprache mit Selenskyj gestellt werden. Deutlicher lässt sich der Wahnsinn, der von der Kiewer Kriegsregierung ausgeht, nicht darstellen. Entlarvend ist die Belobigung, die Merz von Melnyk erfährt: „Sie wissen, wie sehr ich, als langjähriger Botschafter, den vertraulichen Austausch mit Ihnen als CDU-Vorsitzender und CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag immer geschätzt habe. Es wäre keine Übertreibung zu sagen, dass es uns im April 2022 dank Ihres persönlichen Einsatzes und dem massiven Druck seitens der Opposition im Parlament gelungen ist, Kanzler Scholz und die Ampel dazu zu bewegen, nach langem Zögern schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Auch Ihr mutiger Besuch in Kiew Anfang Mai 2022 – als erster deutscher Staatsmann – war ein starkes Zeichen, um die damalige Bundesregierung anzuspornen, der Ukraine viel stärker militärisch unter die Arme zu greifen. [9]

Dem entspricht der folgende Passus im Koalitionsvertrag: „Die Ukraine als starker, demokratischer und souveräner Staat, der eigenständig und mit euro-atlantischer Perspektive über seine Zukunft bestimmt, ist von zentraler Bedeutung für unsere eigene Sicherheit. Wir werden deshalb unsere militärische, zivile und politische Unterstützung der Ukraine gemeinsam mit Partnern substanziell stärken und zuverlässig fortsetzen. Wir werden uns im engen Schulterschluss mit unseren Partnern für eine gemeinsame Strategie hin zu einem echten und

With his support, Friedrich Merz is giving Kiev's rulers a boost. The former Ukrainian ambassador Andrij Melnyk, who worships the fascist Bandera [7] and has distinguished himself with insults and audacity, has publicly approached him with an almost insane list of demands: The coalition should pass a resolution “on the financing of arms supplies for Ukraine amounting to at least 0.5 percent of GDP (21.5 billion euros per year) or 86 billion euros by 2029...

Initiate and implement the same 0.5 percent scheme at EU level (372 billion euros by 2029)“ as well as ‘the immediate delivery of 150 Taurus cruise missiles’ and “30 percent of available German fighter jets and helicopters...” [8]

It can be assumed that such demands will not be made without consultation with Zelensky. The madness emanating from the Kiev war government could not be clearer. The praise Merz receives from Melnyk is revealing: “You know how much I - as a long-standing ambassador - have always appreciated the confidential exchange with you as CDU chairman and CDU/CSU parliamentary group leader in the Bundestag. It would not be an exaggeration to say that in April 2022, thanks to your personal commitment and massive pressure from the opposition in parliament, we succeeded in persuading Chancellor Scholz and the traffic light government to deliver heavy weapons to Ukraine after a long period of hesitation. Your courageous visit to Kiev at the beginning of May 2022 - as the first German statesman - was also a strong signal to spur on the German government at the time to give Ukraine much more military support. [9]

This is reflected in the following passage in the coalition agreement: “Ukraine as a strong, democratic and sovereign state that determines its future independently and with a Euro-Atlantic perspective is of central importance for our own security. We will therefore substantially strengthen and reliably continue our military, civilian and political support for Ukraine together with our partners. We will work closely with our partners to develop a joint strategy towards a genuine and sustainable peace in which Ukraine acts from a position of strength and

nachhaltigen Frieden einsetzen, in dem die Ukraine aus einer Position der Stärke und auf Augenhöhe agiert. Dazu gehören auch materielle und politische Sicherheitsgarantien für eine souveräne Ukraine. Deutschland wird sich an dem Wiederaufbau der Ukraine beteiligen.“

Merz und seinen Koalitionspartnern scheint völlig entgangen zu sein, oder sie wollen es einfach nicht wissen, dass die Ukraine ein ruiniertes Staat (failed state) ist, dessen Machthaber ihre zum Teil zwangsrekrutierten Soldaten unter der Regie westlicher Bellizisten bis zur letzten Patrone gegen Russland kämpfen lassen wollen. Dass die Atommacht Russland nicht besiegt werden kann, ist den Anstiftern fremd, und sie planen bereits ihre Geschäfte beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Wenn es in dem Koalitionsvertrag heißt, „das Ziel unserer Außen- und Sicherheitspolitik ist die Bewahrung eines Friedens in Freiheit und Sicherheit“, sind das – wie aus den weiteren Absichtserklärungen hervorgeht – nichts als hohle Worte. Das gilt auch für das Bekenntnis zur NATO, das besonders hervorgehoben wird, ebenso wie zu den USA und zu Großbritannien: „Das transatlantische Bündnis und die enge Zusammenarbeit mit den USA bleiben für uns von zentraler Bedeutung. Wir stärken die Handlungsfähigkeit Europas, vertiefen bestehende strategische Partnerschaften, bauen insbesondere mit Ländern des Globalen Südens neue auf und unterstützen multilaterale Formate mit ganzer Kraft...“

Das Vereinigte Königreich ist einer der engsten Partner der EU und Deutschlands – bilateral und im Rahmen der NATO.“

Fraglich, ob die Länder des Globalen Südens an strategischen Partnerschaften mit Kriegshetzern interessiert sind. Und transatlantisches Bündnis und enge Partnerschaft mit den USA? Offensichtlich haben Merz und seine Partner noch nicht begriffen, dass es sich damit seit der Präsidentschaft von Donald Trump um eine Schimäre handelt, und dass sich Deutschland immer noch im Status einer bedingungslosen Kapitulation befindet und nach der UN-Charta ein Feindstaat gegenüber den Gegnern des Zweiten Weltkriegs ist [10], also auch gegenüber Russland.

Hinzu kommt in vielen Aussagen eine unglaubliche Impertinenz und Schamlosigkeit. Da heißt es beispielsweise: „Wir suchen in Abstimmung mit unse-

on an equal footing. This also includes material and political security guarantees for a sovereign Ukraine. Germany will participate in the reconstruction of Ukraine.“

Merz and his coalition partners seem to have completely missed, or they simply don't want to know, that Ukraine is a failed state whose rulers want their soldiers, some of whom have been forcibly recruited, to fight Russia to the last bullet under the direction of Western bellicosity. The fact that the nuclear power Russia cannot be defeated is alien to the instigators, and they are already planning their business in the reconstruction of the destroyed territories.

When the coalition agreement states that “the goal of our foreign and security policy is the preservation of peace in freedom and security”, these are – as can be seen from the other declarations of intent – nothing more than hollow words. This also applies to the commitment to NATO, which is particularly emphasized, as well as to the USA and the UK: “The transatlantic alliance and close cooperation with the USA remain of central importance to us. We are strengthening Europe's ability to act, deepening existing strategic partnerships, building new ones, especially with countries of the Global South, and supporting multilateral formats with all our strength...“

The United Kingdom is one of the closest partners of the EU and Germany – bilaterally and within NATO.“

It is questionable whether the countries of the Global South are interested in strategic partnerships with warmongers. And the transatlantic alliance and close partnership with the USA? Obviously Merz and his partners have not yet realized that this has been a chimera since Donald Trump's presidency, and that Germany is still in a state of unconditional surrender and, according to the UN Charter, is an enemy state towards the opponents of the Second World War [10], including Russia.

In addition, many of the statements are incredibly impertinent and shameless. For example, it says: “In coordination with our partners, we are looking for

ren Partnern nach Möglichkeiten, das eingefrorene russische Staatsvermögen zur finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine wirtschaftlich zu nutzen.“ Was bedeutet das anderes, als Diebstahl, und zwar mit schwerwiegenden Folgen für die Sicherheit des globalen Finanzsystems. Damit wird das ohnehin schon rückläufige Vertrauen in die westlichen Pseudodemokratien endgültig verspielt.

### **Bedrohliche Vorstellungen zur Innenpolitik**

Auch zur Innenpolitik enthält der Koalitionsvertrag in dem Kapitel „Bürokratierückbau, Staatsmodernisierung und moderne Justiz“ äußerst brisante Ankündigungen. Es beginnt mit einer Floskel: „Die Modernisierung braucht neue Impulse. Die Koalition will in den kommenden vier Jahren zeigen, dass Deutschland zurück ist. Dafür müssen wir in vielen Bereichen besser werden und staatliche Entscheidungen, Prozesse und Strukturen modernisieren. Wir wollen als Bundesregierung zeigen, dass es geht, und vorangehen.“

Dann aber heißt es: „Deutschland braucht eine echte Staatsreform.“ Und weiter: „Wir setzen auf konsequente Digitalisierung und ‚Digital-Only‘: Verwaltungsleistungen sollen unkompliziert digital über eine zentrale Plattform („One-Stop-Shop“) ermöglicht werden, das heißt ohne Behördengang oder Schriftform. Jeder Bürger und jede Bürgerin erhält verpflichtend ein Bürgerkonto und eine digitale Identität. Wir werden die EUDI-Wallet für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen bereitstellen, mit der Identifikation, Authentifizierung und Zahlungen ermöglicht werden. Wer den digitalen Weg nicht gehen will oder kann, erhält Hilfe vor Ort.“

Das klingt nach Schafstall, in dem jedes Schaf eine Marke ins Ohr gestanzt bekommt, auf der sämtlich persönlichen Daten gespeichert sind. Der Wirtschaftsjournalist und Handelsblatt-Redakteur Norbert Häring schreibt dazu: „‚Digital only‘ bedeutet, dass die althergebrachten Möglichkeiten zum Erhalt staatlicher Leistungen und von Beförderungsleistungen, sowie zur Erfüllung der vom Staat auferlegten Pflichten systematisch beseitigt werden, um die Menschen zu zwingen, ihre Angelegenheiten auf digitalem, automatisiert abzuwickelndem Weg zu erledigen. Das gilt denknotwendig auch für das Bezahlen, wo das Bargeld zu den abzuschaffenden analogen Lösungen gehört. Das bedeutet nicht nur, dass die Bürger lückenlos überwachbar werden. Es

ways to use the frozen Russian state assets to provide Ukraine with financial and military support.“ What does this mean other than theft, with serious consequences for the security of the global financial system? The already declining trust in Western pseudo-democracies is thus being gambled away for good.

### **Threatening ideas on domestic policy**

The coalition agreement also contains extremely explosive announcements on domestic policy in the chapter “Bureaucracy reduction, state modernization and modern justice”. It begins with a cliché: “Modernization needs new impetus. Over the next four years, the coalition wants to show that Germany is back. To do this, we need to improve in many areas and modernize state decisions, processes and structures. As the federal government, we want to show that it can be done and lead the way.”

But then it says: “Germany needs real state reform.” It continues: “We are committed to consistent digitalization and ‘digital-only’: administrative services should be made available digitally via a central platform (“one-stop store”), i.e. without the need to go through the authorities or in writing. Every citizen will be required to have a citizen account and a digital identity. We will make the EUDI wallet available to citizens and companies, which will enable identification, authentication and payments. Anyone who does not want to or cannot go the digital route will receive help on site.”

That sounds like a sheepfold where every sheep has a tag stamped in its ear on which all personal data is stored. Business journalist and Handelsblatt editor Norbert Häring writes: “‘Digital only’ means that the traditional ways of obtaining state services and transportation, as well as fulfilling the obligations imposed by the state, will be systematically eliminated in order to force people to conduct their affairs digitally and automatically. This necessarily also applies to payments, where cash is one of the analog solutions to be abolished. This not only means that citizens will be completely monitored. It also means that they will have to adapt completely to the system that the bureaucrats have devised and programmed together with the technocrats.”

bedeutet auch, dass sie sich komplett an das System anpassen müssen, das die Bürokraten zusammen mit den Technokraten erdacht und programmiert haben.“ [11]

Häring befürchtet eine dystopische Entwicklung: „Das System bietet keine Menschen als Ansprechpartner mehr auf, die dafür sorgen können, dass es sich flexibel an die Bedürfnisse der Menschen anpasst, auch an Menschen mit speziellen Bedürfnissen, an die die Programmierer nicht gedacht haben, und an solche in speziellen Situationen.

Mit anderen Worten:

**Die neue Regierung arbeitet intensiv an der Verwirklichung des Technokratentraums einer zentral gesteuerten Gesellschaft, aus der der Mensch als autonomer Entscheidungsträger eliminiert und stattdessen zu einem funktionierenden Rädchen in einer zentral gesteuerten sozialen Megamaschine gemacht wird.**

Die Ankündigung eines verpflichtenden Bürgerkontos und einer digitalen Identität ist in der Tat beängstigend. Denn damit könnten staatlichen Institutionen über alle Informationen sämtlicher Bürger verfügen. Wenn diese Informationen dann noch genutzt werden, „um auf mögliche Leistungsansprüche hinzuweisen und die Beantragung zu vereinfachen“, gibt es keine Privatsphäre mehr. In vorgetäuschter Fürsorge bieten die Koalitionspartner an: „Wir werden dabei zunehmend antragslos arbeiten. Etwa nach der Geburt eines Kindes sollen Eltern automatisch einen Kindergeldbescheid erhalten.“

**Antragslos kann der Staat also Leistungen gewähren. Folglich kann er sie aber auch aberkennen.**

Er kann den Bürgern helfen, er kann sie sogar vor „Desinformation“ oder „Hass und Hetze“ schützen, er kann sie aber auch von Informationen abschneiden, desinformieren, rügen, sanktionieren und bei Unbotmäßigkeiten bestrafen.

Der Staat weiß alles, bedeutet das, und er kann damit nach Belieben umgehen. Das ist dann der Orwellsche Überwachungsstaat in Perfektion.

Dementsprechend wollen die Koalitionspartner einen „Kulturwandel und moderne Führung“ einlei-

[11]

Häring fears a dystopian development: “The system no longer offers people as contacts who can ensure that it adapts flexibly to people's needs, including people with special needs that the programmers have not thought of and those in special situations.

In other words:

**The new government is working hard to realize the technocrat dream of a centrally controlled society from which the human being is eliminated as an autonomous decision-maker and instead turned into a functioning cog in a centrally controlled social mega-machine.**

The announcement of a mandatory citizen account and digital identity is indeed frightening. This would allow state institutions to have all the information of all citizens at their disposal. If this information is then used “to draw attention to possible benefit entitlements and simplify the application process”, there is no longer any privacy. In a pretense of care, the coalition partners offer: “We will increasingly work without applications. For example, after the birth of a child, parents will automatically receive a child benefit notification.”

**The state can therefore grant benefits without application, but consequently it can also deny them.**

It can help citizens, it can even protect them from “disinformation” or “hatred and agitation”, but it can also cut them off from information, disinform them, reprimand them, sanction them and punish them in the event of impropriety.

The state knows everything, that is, and it can do with it as it pleases. This is the Orwellian surveillance state in perfection.

Accordingly, the coalition partners want to initiate a “cultural change and modern leadership”, appar-

ten, offenbar mit einer Führungselite: „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind Stabilitätsanker des deutschen Staates. Wir werden eine moderne und wertschätzende Führungskultur etablieren und fördern.“ Nachdem in höchst unsicheren Zeiten inzwischen viele Menschen Sicherheit im öffentlichen Dienst suchen, werden diese privilegierten Bürger dann die Herden anführen, die mit den Politikern, die einen derartigen Koalitionsvertrag abschließen, auf die Straße gehen, um für Demokratie oder Pateverbote zu demonstrieren. Die Teilung der Gesellschaft schreitet schon länger voran, staatlich gelenkt könnte es explosiv werden. Aber dagegen wird man sich wappnen.

Dazu passt die Ankündigung: „Was die Feinde der Demokratie angeht, gilt der Grundsatz ‚Null Toleranz‘. Es ist die gesamtstaatliche und gesellschaftliche Verantwortung, jedweder Destabilisierung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung entgegenzuwirken und dabei auch unsere Sicherheitsbehörden nicht allein zu lassen. Die Sicherheitsbehörden sollen für bestimmte Zwecke eine Befugnis zur Vornahme einer automatisierten (KI-basierten) Datenanalyse erhalten. Unter bestimmten, eng definierten Voraussetzungen bei schweren Straftaten, wollen wir den Strafverfolgungsbehörden eine retrograde biometrische Fernidentifizierung zur Identifizierung von Täterinnen und Tätern ermöglichen.“

**Die problematische „biometrische Fernidentifizierung“ wird demnach voraussichtlich Standard werden und die Verfolgung Andersdenkender unter dem Vorwand gesellschaftlicher Verantwortung zunehmen.**

Denn erfahrungsgemäß haben sich die Sicherheitsorgane weitgehend verselbständigt, Demokratiefeindschaft sowie „eng definierte Voraussetzungen“ sind auslegbar, und unter „Destabilisierung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ können bereits systemkritische Äußerungen in Internetforen oder im geheimdienstlich kontrollierten privaten Mailverkehr fallen.

Die Kontrolle soll intensiviert werden: „Wir verschärfen die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Plattformen, insbesondere bei systemischen Mängeln bei der Entfernung strafbarer Inhalte.“ Zu diesem Zweck soll die Medienaufsicht gesetzliche Vorgaben erhalten, anhand derer sie gegen „Fake

ently with a leadership elite: “Public sector employees are the anchor of stability for the German state. We will establish and promote a modern and appreciative leadership culture.” Now that many people are seeking security in the public sector in highly uncertain times, these privileged citizens will then lead the herds that take to the streets with the politicians who sign such a coalition agreement to demonstrate for democracy or bans on patriotism. The division of society has been progressing for some time now and could become explosive under state control. But we are arming ourselves against it.

The announcement fits in with this: “As far as the enemies of democracy are concerned, the principle of ‘zero tolerance’ applies. It is the responsibility of the state and society as a whole to counteract any destabilization of our free democratic basic order and not to leave our security authorities alone in doing so... The security authorities are to be given the power to carry out automated (AI-based) data analysis for certain purposes. Under certain, narrowly defined conditions in the case of serious crimes, we want to enable law enforcement authorities to use retrograde biometric remote identification to identify perpetrators.”

**The problematic “remote biometric identification” is therefore likely to become standard, and the persecution of dissidents under the pretext of social responsibility will increase.**

Experience has shown that the security agencies have largely taken on a life of their own, that hostility to democracy and “narrowly defined conditions” can be interpreted, and that “destabilization of our free democratic basic order” can already include statements critical of the system on internet forums or in private mail traffic controlled by the secret service.

Monitoring is to be intensified: “We are tightening the sanctions available to platforms, particularly in the event of systemic deficiencies in the removal of criminal content.” To this end, the media supervisory authority is to be given legal guidelines that it can use to take stronger action against “fake

News, Hass und Hetze“ verstärkt vorgehen kann. Was als Desinformation aufgefasst wird, sollen die Social-Media-Plattformen aktiv bekämpfen, andernfalls drohen Strafen oder Sperrung. Regierungskritik wird also noch riskanter werden, zumal Denunziation und Meinungsmache gegen Kritiker zum Programm gemacht werden: „Die Unterstützung von Projekten zur demokratischen Teilhabe durch das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ setzen wir fort.“

Deutschland soll eine „KI-Nation“ werden, und die Sicherheitsbehörden sollen „KI-basiert“ Daten analysieren dürfen, wobei offenbar auf Datenschutz verzichtet werden kann. Dafür braucht es dann wohl ein „offeneres und positiveres Datennutzungsverständnis“, das anempfohlen wird. Für diejenigen, die sich verweigern oder ausscheren, gilt dann: „Im Rahmen der Resilienzstärkung unserer Demokratie regeln wir den Entzug des passiven Wahlrechts bei mehrfacher Verurteilung wegen Volksverhetzung.“

Das Koalitionspapier wendet sich auch der Migration und Integration zu:

**„Deutschland, als Einwanderungsland, ist geprägt von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Wir wollen ein einwanderungsfreundliches Land bleiben und eine qualifizierte Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt attraktiv machen.“**

Zu diesem Zweck seien legale Zugangswege zu schaffen. Die Integration soll intensiv gefördert werden, dagegen müsse die irreguläre Migration „reduziert“ und Zurückweisung an den Staatsgrenzen auch bei Asylgesuchen ermöglicht werden.

Wieder viele hohle Worte und nur bescheidene Ansätze zur Lösung der wachsenden Probleme, die durch eine rechtswidrige „Einwanderungspolitik“ entstanden sind. Deutschland ist nicht, wie die USA, Kanada, Australien oder Neuseeland ein Einwanderungsland, es ist ein Zuwanderungsland und dieser Fehler der Merkelschen Migrationspolitik sollte endlich erkannt und behoben werden. Wenn jedes Land, in das Menschen aus anderen Bereichen der Welt einwandern wollen, ein Einwanderungsland wäre, dann würde zum Beispiel auch die Schweiz dazu gehören. Aber das würden die Schweizer sicherlich strikt ablehnen.

news, hate and agitation“. Social media platforms are supposed to actively combat what is considered disinformation, otherwise there is a risk of penalties or blocking. Criticism of the government will therefore become even riskier, especially as denunciation and opinion mongering against critics will become part of the program: “We will continue to support projects for democratic participation through the federal program 'Demokratie leben!

Germany is to become an “AI nation” and the security authorities are to be allowed to analyze “AI-based” data, whereby data protection can apparently be dispensed with. This will probably require a “more open and positive understanding of data use”, which is recommended. For those who refuse or opt out, the following then applies: “As part of strengthening the resilience of our democracy, we regulate the withdrawal of the passive right to vote in the event of multiple convictions for incitement to hatred.”

The coalition paper also addresses migration and integration:

**“As a country of immigration, Germany is characterized by people of different origins. We want to remain an immigration-friendly country and make qualified immigration into our labor market attractive.”**

To this end, legal access routes must be created. Integration should be intensively promoted, while irregular migration should be “reduced” and refoulement at national borders should also be made possible for asylum applications.

Again, many hollow words and only modest approaches to solving the growing problems caused by an unlawful “immigration policy”. Germany is not an immigration country like the USA, Canada, Australia or New Zealand, it is an immigration country and this mistake of Merkel's migration policy should finally be recognized and corrected. If every country to which people from other parts of the world want to immigrate were an immigration country, then Switzerland, for example, would also be one of them. But the Swiss would certainly reject that outright.

Klarheit über den richtigen Weg der nächsten Jahre soll der Koalitionsvertrag bringen. Stattdessen offenbart er beunruhigende, bedrohliche und zum Teil erschreckende Absichten einer politischen Gruppe, die sich anmaßt, die Bürger wie in einem Figurentheater zu lenken zu kujonieren, zu überwachen und womöglich in einen Krieg zu führen. Darauf, das in die Wege zu leiten, sind die Koalitionspartner stolz.

Friedrich Merz, bis 2020 Aufsichtsratsvorsitzender der BlackRock Asset Management Deutschland, [12] der die Ukraine mit Taurus Marschflugkörper beliefern will, sieht sich offenbar schon als oberster Kriegsherr im Kampf gegen Russland. Und der bisher eher farblose Ko-Vorsitzende der SPD, Lars Klingbeil, renommiert:

„Wir sind das wichtigste Land und das stärkste Land in Europa, und von uns geht Stabilität aus, wenn wir es hinkriegen, hier eine stabile Regierung zu haben.“ [13]

Aber kaum war der Koalitionsvertrag unterzeichnet, gab es zwischen den Partnern schon Streit um den Mindestlohn und die Senkung der Einkommenssteuer für kleine und mittlere Einkommen.[14]

**Stabilität in einem Land, das sich gerade selbst ruiniert? Großmachtstreben in einem Land, das sich nach wie vor als potenzieller Feindstaat im Status einer bedingungslosen Kapitulation befindet?**

Klingbeil und Merz wollen die Ukraine in ihrem Krieg weiter mit Waffen und Geld unterstützen, und es ist davon auszugehen, dass Klingbeil sich letztlich der Absicht von Merz in der Taurus-Frage anschließen wird, obwohl die überwiegende Meinung in der SPD dagegen ist. Seinen geistigen Standort verrät er, wenn er sagt: „Ich war dabei – was ein echt bewegendes Moment war – als der erste ukrainische Soldat einen Schuss mit einem Leopard-2-Panzer abgegeben hat.“[15]

Der Sohn eines Bundeswehrsoldaten, der in der Garnisonsstadt Munster aufwuchs, hält sich offensichtlich für einen begnadeten Politiker, wenn er von seiner „verdammten hohen Verantwortung“ spricht und sinniert: „Ich glaube, wir sind gerade in einer historischen Phase, auf die man zurückguckt in zwanzig Jahren und sich fragt, hat man damals

The coalition agreement is supposed to provide clarity about the right path for the coming years. Instead, it reveals the disturbing, threatening and in some cases frightening intentions of a political group that presumes to direct, coerce and monitor citizens as if in a puppet show and possibly lead them to war. The coalition partners are proud of initiating this.

Friedrich Merz, Chairman of the Supervisory Board of BlackRock Asset Management Germany until 2020, [12] who wants to supply Ukraine with Taurus cruise missiles, apparently already sees himself as the supreme warlord in the fight against Russia. And the previously rather colorless co-chairman of the SPD, Lars Klingbeil, is renowned:

“We are the most important country and the strongest country in Europe, and stability will come from us if we manage to have a stable government here.” [13]

But as soon as the coalition agreement was signed, the partners were already arguing about the minimum wage and the reduction in income tax for small and medium incomes.[14]

**Stability in a country that is currently ruining itself? Striving for great power in a country that is still in a state of unconditional surrender as a potential enemy state?**

Klingbeil and Merz want to continue to support Ukraine in its war with weapons and money, and it can be assumed that Klingbeil will ultimately go along with Merz's intention on the Taurus issue, even though the overwhelming opinion in the SPD is against it. He reveals his intellectual position when he says: “I was there - which was a really moving moment – when the first Ukrainian soldier fired a shot with a Leopard 2 tank.”[15]

The son of a Bundeswehr soldier, who grew up in the garrison town of Munster, obviously considers himself a gifted politician when he talks about his “damn high level of responsibility” and muses: “I think we are currently in a historical phase that people will look back on in twenty years' time and ask themselves whether they made the right

die richtigen Entscheidungen getroffen und die Weichen richtig gestellt.“ Er scheint, ebenso wenig wie sein Koalitionspartner, zu begreifen, wie sehr sie der Demokratie schaden und was sie „unserem Land“ von dem sie ständig sprechen, antun.

Wie es weitergeht, ist derzeit nicht vorhersehbar. Völlig überraschend kam den Koalitionspartnern der ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn, Mitglied des CDU-Präsidiums, in die Quere. Obwohl ein Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU gegenüber der AfD gilt, hat er am 11. April in einem Interview mit der Bild-Zeitung gefordert, mit der AfD im Parlament so umzugehen, „wie mit jeder anderen Oppositionspartei“. Die Kontroverse dauert an. Und dann steht das Ergebnis eines Votums der etwa 358.300 SPD-Mitglieder zum Koalitionsvertrag derzeit noch aus.

decisions and set the right course back then.” Like his coalition partner, he doesn't seem to realize how much they are damaging democracy and what they are doing to “our country”, of which they constantly speak.

It is currently impossible to predict what will happen next. Former health minister Jens Spahn, a member of the CDU executive committee, came as a complete surprise to the coalition partners. Although the CDU has an incompatibility resolution against the AfD, in an interview with the Bild newspaper on April 11, he called for the AfD to be dealt with in parliament “in the same way as any other opposition party”. The controversy continues. And the result of a vote by the approximately 358,300 SPD members on the coalition agreement is still pending.

#### Quellen und Anmerkungen | Sources and remarks

- 1 [www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025\\_bf.pdf](http://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf)
- 2 Zit. wie [www.tagesschau.de/ausland/europa/merz-ukraine-108.html](http://www.tagesschau.de/ausland/europa/merz-ukraine-108.html)
- 3 Zit. wie [www.ardmediathek.de/video/caren-miosga/geht-so-ihr-politikwechsel-herr-merz-mit-gebaerdensprache/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL2NhcmVuLW1pb3NnYS8yMDI1LTA0LTEzXzIxLTQ1LU1FU1ovZ2ViYWVYZGVuc3ByYWNoZQ](http://www.ardmediathek.de/video/caren-miosga/geht-so-ihr-politikwechsel-herr-merz-mit-gebaerdensprache/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL2NhcmVuLW1pb3NnYS8yMDI1LTA0LTEzXzIxLTQ1LU1FU1ovZ2ViYWVYZGVuc3ByYWNoZQ)
- 4 Zit. wie <https://gilbertdoctorow.com/2025/04/15/friedrich-merz-the-most-dangerous-german-leader-since-adolf-hitler/>
- 5 Vgl. [www.fr.de/politik/putin-vertrauter-reagiert-auf-merz-taurus-plan-denk-nochmal-nach-nazi-zr-93683831.html](http://www.fr.de/politik/putin-vertrauter-reagiert-auf-merz-taurus-plan-denk-nochmal-nach-nazi-zr-93683831.html)
- 6 Zit. wie [www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-merz-taurus-russland-kreml-medwedew-100.html](http://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-merz-taurus-russland-kreml-medwedew-100.html)
- 7 Stepan Bandera (1909–1959), Kriegsverbrecher, Mörder und Nazikollaborateur, als Nationalheld verehrt
- 8 Zit. wie [www.welt.de/debatte/kommentare/article255971068/Gastbeitrag-Die-Zukunft-der-Ukraine-haengt-jetzt-auch-von-Friedrich-Merz-ab.html?wtrid=socialmedia.socialflow....socialflow\\_twitter](http://www.welt.de/debatte/kommentare/article255971068/Gastbeitrag-Die-Zukunft-der-Ukraine-haengt-jetzt-auch-von-Friedrich-Merz-ab.html?wtrid=socialmedia.socialflow....socialflow_twitter)
- 9 Ebd.
- 10 Dazu Wolfgang Bittner, „Niemand soll hungern, ohne zu frieren. So wie es ist, kann und wird es nicht bleiben“, Verlag zeitgeist, Hör-Grenzhausen 2024, S. 69-73
- 11 Siehe: <https://norberthaering.de/news/koalitionsvertrag-digitalzwang/>
- 12 BlackRock Inc., eine US-amerikanische Investmentgesellschaft, verwaltet weltweit ein Vermögen von über 10 Billionen US-Dollar.
- 13 Vgl. [www.youtube.com/watch?v=7qvDCT96B6w](https://www.youtube.com/watch?v=7qvDCT96B6w) (19.4.2025)
- 14 Vgl. [www.fr.de/politik/senkung-der-einkommensteuer-spd-geht-auf-konfrontationskurs-93684719.html](http://www.fr.de/politik/senkung-der-einkommensteuer-spd-geht-auf-konfrontationskurs-93684719.html)
- 15 Zit. wie <https://rtde.agency/meinung/190373-lars-klingsbeil-neuer-tiefpunkt-in/>. Sowie: <https://weltexpress.info/lars-klingsbeil-ein-neuer-tiefpunkt-in-der-geschichte-der-spd/>

### Wer ist Wolfgang Bittner?

Dr. iur. Wolfgang Bittner. Schriftsteller. Publizist und Autor zahlreicher Bücher, u.a. „Die Eroberung Europas durch die USA“ und „Deutschland – Verraten und verkauft“. Kürzlich ist im Verlag ZEITGEIST sein neues Buch erschienen:

**„Niemand soll hungern, ohne zu frieren. So wie es ist, kann und wird es nicht bleiben!“**

### Who is Wolfgang Bittner?

The writer and journalist Dr. Wolfgang Bittner is the author of numerous books, including “The conquest of Europe by the USA” and “Germany - Betrayed and sold out”. His book was recently published by ZEITGEIST:

**„No one should go hungry without freezing. It cannot and will not stay as it is!“**

**Erstveröffentlichung | First publication:**

<https://voicefromrussia.ch/wolfgang-bittner-der-berliner-koalitionsvertrag-eine-verstorende-offenbarung/>